

der älteren Militärgeschichtsschreibung tatsächlich einen hohen Grad an Disziplinierung und innerer Kohäsion. Anders als sein Vater Friedrich Wilhelm I. förderte Friedrich den Aufbau einer heimischen Rüstungsindustrie und damit die Unabhängigkeit seiner Streitkräfte von Importen. Preußen besaß zu Beginn des Siebenjährigen Krieges einen Rüstungsvorsprung, der sich vor allem der erfolgreichen Mobilisierung ökonomischer Ressourcen verdankte. Allerdings erschöpften sie sich während des Krieges rasch, sodass das Land auf ausländische Subsidien, Münzmanipulationen – mehr Eisen als Silber – oder das Auspressen erobelter Territorien angewiesen war. So war diese Art von Wirtschafts- und Rüstungspolitik fast zwangsläufig auf militärische Expansion ausgerichtet. Die preußische Außenpolitik wurde formal vom Kabinettsministerium gelenkt. In der Regel war es jedoch der König selbst, der die Entscheidungen mehr oder weniger autonom zu treffen pflegte. Dem Ministerium blieb es unter Friedrich II. im Wesentlichen überlassen, öffentlichkeitswirksame «Staatschriften» zu verfassen. Preußens Außenpolitik war grundsätzlich von zwei Faktoren bestimmt: einerseits von der Abrundung des eigenen Territorienverbandes und der Absicherung der Eroberung Schlesiens, andererseits durch die Grenze zu Polen und die Kooperation mit Russland. Mit der erfolgreich verteidigten Eroberung Schlesiens hatte sich Friedrich II. nicht nur militärisches Prestige und den Beinamen «der Große» erworben, sondern gerade im Heiligen Römischen Reich auch viele Ressentiments geweckt und sich Österreich zum dauerhaften Feind gemacht. Mit Russland hingegen suchte man auf Kosten Polens langfristig eine Zusammenarbeit.

Das Kurfürstentum Sachsen unter Friedrich August II., seit 1734 gleichzeitig König von Polen, und seinem leitenden Minister Heinrich Graf von Brühl hatte zwar weiterreichende Ambitionen, kaum aber die militärischen Mittel, sie gegen einen Konkurrenten wie Preußen zu behaupten. Trotz hoher Staatsverschuldung verfügte das dicht bevölkerte Territorium wirtschaftlich und infrastrukturell jedoch über wichtige Ressourcen. Die verschiedenen Personalunionen etwa zwischen Sachsen und Polen oder dem König von England und dem Kurfürsten von

Hannover eröffneten zudem komplexe Konstellationen, welche die Integrität des Reichsverbands bedrohen konnten.

In Russland vollzog sich der mit einer zunehmenden Westorientierung einhergehende Wandel zu absolutistischer Staatlichkeit besonders abrupt. Unter Peter I. wurde eine Reihe von Verwaltungsorganen geschaffen, welche die Außenpolitik und die Kriegführung des Zaren organisierten: ein Kriegs-, ein Admiraltäts- und ein äußeres Kollegium. Nach dem Tod Peters 1725 wechselten die Akteure auf dem Zarenthron in rascher Folge, sodass sich die Gestaltungskompetenz der Außenpolitik mehr auf die Außenminister und unterschiedliche Hoffraktionen verlagerte. Mit dem Regierungsantritt Elisabeths I. im Jahr 1741 erhielt Kanzler Alexander Petrovich Bestužev die außenpolitische Handlungskompetenz. Das Zarenreich verfügte im 18. Jahrhundert über die größte Armee in Europa. Sie hatte zu Beginn des Siebenjährigen Krieges eine Sollstärke von rund 330 000 Mann, aber Verwaltung und Organisation des Heeres waren vergleichsweise schlecht entwickelt, obwohl unter Elisabeth I. zahlreiche Reformmaßnahmen ergriffen wurden, die Ausbildung, Ausrüstung und Rekrutierung westlichen Standards annäherten. Ein besonderes, vor allem für die westeuropäische Wahrnehmung folgenreiches Charakteristikum der russischen Streitkräfte war ihr hoher Anteil an irregulären berittenen Verbänden, die unterworfenen Ethnien wie den Kosaken und Kalmyken entstammten. In einem ähnlichen Zustand wie die Armee befand sich auch die russische Steuer- und Finanzverfassung, welche die enormen materiellen Ressourcen des Landes nicht effizient genug zu nutzen wusste. Eine rasante Steigerung der Steuereinnahmen brachte allerdings die Umstellung von einer Hof- auf eine Kopfsteuer unter Peter I. Allein der Unterhalt der Armee verschlang rund die Hälfte der Staatseinnahmen. Hinzu kam auch eine kleine Flotte, die im Baltikum und im Schwarzen Meer operierte. Einer der bedeutendsten Produktionszweige Russlands war die Eisenherstellung, die vor allem im Handel mit England und bei der Aufrüstung der Armee eine wichtige Rolle spielte. Eine expansive Orientierung nach Westen stand seit den Zeiten Peters des Großen auf der Agenda der russischen Außenpolitik,

war jedoch abhängig von unterschiedlichen Fraktionen bei Hofe. Primäre Ziele waren eine Sicherung der im Nordischen Krieg gewonnenen Besitzungen im Baltikum sowie eine Anerkennung als eigenständige fünfte Macht im Kreis einer europäischen Pentarchie. Im Interesse Russlands lag ebenso eine Annexion Ostpreußens und seiner Häfen, um eine russische Vorherrschaft in der Ostsee zu garantieren wie eine generelle Schwächung Preußens zur Sicherung der russischen Westgrenze. Mit Preußens Eroberung Schlesiens verschob sich der Sicherheitsgürtel im Westen Russlands, da man davon ausging, dass Preußen nun stärker an Frankreich rücken würde und beide gemeinsam Russlands Einfluss auf Polen zu begrenzen trachteten. Da man in St. Petersburg seit Beginn des Siebenjährigen Krieges mit einem baldigen Tod der Zarin Elisabeth rechnete, wurden die politischen und die militärischen Entscheidungsspielräume jedoch eher zögerlich genutzt oder innerhalb der unterschiedlichen höfischen Lager blockiert.

Neben den tonangebenden Mächten der europäischen Pentarchie existierte im 18. Jahrhundert eine ganze Reihe von wirtschaftlichen wie politisch-militärischen «Absteigern» (H. Duchhardt), zu denen vor allem Spanien, Schweden und die Niederlande gerechnet werden können. Die höchste machtpolitische Fallhöhe innerhalb des europäischen Staatensystems wies dabei zweifellos Spanien auf. Das Königreich auf der iberischen Halbinsel verfügte im 18. Jahrhundert nicht mehr über den Einfluss, den es im 16. und 17. Jahrhundert gehabt hatte, besaß aber immer noch ein weltumspannendes Reich aus überseeischen Besitzungen, von denen einige im Siebenjährigen Krieg an England verloren gehen sollten. Spanien verfügte u. a. über Territorien und Niederlassungen in Südasien, Nord- und Südamerika und der Karibik, die es in eine fortdauernde koloniale Rivalität zu den Briten brachte. Der spanische Außenhandel erzielte im 18. Jahrhundert längst nicht mehr die Gewinne früherer Zeiten; der Absatz bestimmter Produkte, wie etwa Tuche, stagnierte in Europa; der außereuropäische Handel wurde zunehmend von anderen Nationen dominiert und die Edelmetallflüsse aus Südamerika liefen nach Asien, nicht aber ins spanische Mutterland.

Innerhalb des europäischen Staatensystems litt die Macht des Landes unter den Folgen des Spanischen Erbfolgekrieges (1701–1714). Der letzte Habsburger auf dem spanischen Thron hatte keinen Nachfolger hinterlassen, sodass die spanische Krone mit Philipp V. (1700–1746) einem Bourbonen und Enkel Ludwigs XIV. zufiel. Ihm folgten Ferdinand VI. und Karl III., der 1759 den Thron bestieg und eine modernisierende Reformpolitik in Gang setzte. Eine Reorganisation der Verwaltung führte zur Einrichtung von vier allein dem König verantwortlichen Staatssekretariaten, die unter anderem die Marine, das Kriegswesen und die Indienangelegenheiten dirigierten. Vergleichsweise schwache Monarchen und nicht zuletzt ein chronisches Haushaltsdefizit zwangen Spanien jedoch zunehmend in eine rein defensive Position. In einem Hausvertrag wurde am 15. August 1761 in Paris der sogenannte Familienpakt zwischen den französischen und den spanischen Bourbonen geschlossen, der sie zu gegenseitiger Hilfe im Falle eines Krieges verpflichtete. Damit wurde schließlich die besonders in den Kolonien virulente Konkurrenz zu Großbritannien noch weiter zementiert.

Auch Schweden hatte Mitte des 18. Jahrhunderts seinen einstigen Großmachtstatus eingebüßt. Seit dem Nordischen Krieg (1700–1721) war es militärisch unbedeutend und finanziell angeschlagen. 1721 stand das Land vor einem Staatsbankrott. Trotz seiner wertvollen Rohstoffressourcen an Holz, Kupfer und Eisen, die den Aufbau einer schlagkräftigen Flotte begünstigten, konnte die staatswirtschaftliche Talfahrt nicht gebremst werden. Die innenpolitische Machtverteilung zwischen Königtum und Ständen verlief seit einer Regierungsreform im Jahr 1720 eindeutig zugunsten der Stände (Adel, Geistlichkeit, Bürger und Bauern), unter denen der Adel wiederum dominierte. Außenpolitische Konkurrenz ging vor allem von Russland und Preußen, aber auch von Dänemark aus. Der König blieb von der Außenpolitik weitgehend ausgeschlossen. Sie wurde von einem «Geheimen Komitee» des Reichstags geführt und stand unter dem Einfluss konkurrierender Parteien, den sogenannten «Hüten» und den «Mützen», die sich vor allem durch ihr jeweiliges Verhältnis zu Russland unterschieden. 1751 wählten die schwedischen Stände

den holsteinischen Prinzen Adolf Friedrich zum König, der mit Ulrike Louise, der Schwester Friedrichs II. von Preußen, verheiratet war. Diese strebte eine Restituierung der königlichen Macht gegenüber den Ständen an, was 1756 in einen verhinderten Staatsstreich mündete und die Macht der Stände weiter stärkte. Während Adolf Friedrich eine Teilnahme am bevorstehenden Krieg gegen Preußen ablehnte, hatte der schwedische Adel seine Hoffnungen auf eine Wiedererlangung der vormaligen Macht in Europa jedoch noch nicht aufgegeben, sodass Schweden als Garantiemacht des Westfälischen Friedens schließlich in den Siebenjährigen Krieg eintrat. Damit war nicht nur eine politische Legitimationsformel gefunden, sich auf Seiten Frankreichs und Österreichs gegen Preußen zu engagieren, Friedrich II. wurde es gleichzeitig auch erschwert, sich als Verteidiger der protestantischen Sache zu inszenieren. Der «Pommersche Krieg», wie der Siebenjährige Krieg in Schweden genannt wird, endete jedoch mit einer eindeutigen Niederlage und führte dazu, dass das Land sich mit seiner Rolle als Kleinstaat künftig abzufinden hatte.

Zu den ökonomisch wie mächtropolitisch stagnierenden Ländern des 18. Jahrhunderts gehörten schließlich auch die Niederlande. Nach einem «Goldenen Zeitalter» im 17. Jahrhundert hatte die kleine Republik zu Beginn des 18. Jahrhunderts ihre starke Position im Welthandel irreversibel an Frankreich und Großbritannien verloren. Der spanische Erbfolgekrieg brachte eine hohe Staatsverschuldung, die die Niederlande fortan eher zu einer Politik der Nichteinmischung anhielt. Eine aktive Außenpolitik war angesichts der Vielstimmigkeit der Generalstände ohnehin schwierig zu koordinieren. Als eine der Kernregionen sowohl für die Anbindung des Überseehandels an Mitteleuropa wie für die englisch-französische Rivalität sollten die Niederlande auch im Siebenjährigen Krieg neutral bleiben. Im Sinne der Wahrung ihrer Handelsinteressen erklärten sie im Mai 1756 ihre Neutralität, obwohl die Engländer auf der Einhaltung älterer Verträge zur Stellung niederländischer Söldner bestanden. Sicherheit stand auf der politischen Agenda der Niederlande an oberster Stelle, während der erwartete ökonomische Aufschwung ausbleiben sollte. Weiterhin bedeutend blieben die ur-